

Ausgangssituation

Der Förderschwerpunkt REFINA ist Teil der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Im Mittelpunkt steht dabei der effiziente Umgang mit Grund und Boden. Die Ziele hierfür sind die Reduktion der derzeitigen täglichen Neu-Inanspruchnahme von Boden für Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 Hektar pro Tag sowie eine vorrangige Innenentwicklung (Verhältnis von Innen- zu Außenentwicklung = 3:1) bis zum Jahr 2020 mittels Flächenmanagement mit der Vision eines Flächenkreislaufs durch Flächenrecycling.

Gerade im ländlichen Raum wird durch die großzügige Ausweisung von Wohnbauland und Gewerbegebieten überdimensional viel Fläche "verbraucht“. Zahlreiche Städte und Gemeinden versuchen, ihre ökonomischen Wettbewerbsnachteile – trotz finanzieller Engpässe – mit zusätzlichen Ausweisungen von Gewerbeflächen auszugleichen. In ländlich geprägten Regionen wurde so ein beträchtliches Überangebot an gewerblichen Flächen geschaffen. Durch die Strukturreform der Bundeswehr sowie den Abzug ausländischer Streitkräfte und der damit verbundenen Standortaufgabe, von der besonders ländliche Kommunen betroffen sind, werden diese Gemeinden vor zusätzliche Herausforderungen gestellt.

Insgesamt hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass ressourcenschonende Siedlungsentwicklung aufgrund der gemeindlichen Wettbewerbssituation nicht durch herkömmliche regionalplanerische Ansätze zu erreichen ist und traditionelle Planungsansätze die Siedlungsentwicklung augenscheinlich nicht auf einen ressourcenschonenden Pfad geführt haben. (Einig, K. et al, 2001)

Durch die Konversion bzw. Umnutzung ehemaliger militärischer Anlagen, können bisher brachliegende Flächen und Gebäude in den Wirtschaftskreislauf einer Kommune rückgeführt werden.

Unter dem Aspekt der ressourcenschonenden Flächeninanspruchnahme fehlt den Gemeinden jedoch bis heute ein Instrument zur Entscheidungsfindung, das die Art der Nachnutzung der Konversionsfläche als Alternative zum vorhandenen Flächenkontingent für die unterschiedlichen Nutzungsarten unter Abwägung des ökonomischen Mehrwerts, der ökologischen Schutzbedürftigkeit sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz bewertet.